

RECHTSEXTREME AUF FRIEDENSDEMONSTRATIONEN

Aus vielen Städten und Regionen kommen Meldungen, dass Gruppen Rechtsextremer an Friedenskundgebungen / Antikriegsdemonstrationen im Zusammenhang mit dem Irakkrieg teilnehmen. Die regionalen Veranstalter fühlen sich in dieser Situation häufig überfordert. Daher im folgenden einige unterstützende Hinweise.

Zur Motivation der Rechtsextremen:

Antiamerikanismus und Antisemitismus:

Nicht das Interesse an Frieden zwischen den Völkern bewegt Rechtsextreme zu ihrem Engagement, sondern Sympathie für den Diktator Saddam Hussein und ihre Feindschaft gegen die USA und Israel. Hussein hat 1991 Scud-Raketen auf Israel abgefeuert. Dies deckt sich mit den antisemitischen Interessen der Rechtsextremen. Zugleich sehen sie die USA als Zentrum einer angeblichen „jüdischen Weltverschwörung“. Die Formen bürgerlicher Freiheiten dort werden abgelehnt, u.a. aus rassistischen Gründen angesichts der Vielzahl der Ethnien, die in den USA leben. Antiamerikanismus und Antisemitismus gehen so eine gefährliche Allianz ein.

Geschichtsklitterung:

Durch die pauschale Verwendung antiamerikanischer Ressentiments soll versucht werden, den Zweiten Weltkrieg als ungerechtfertigten Angriffskrieg der USA gegen Deutschland in den Köpfen der Bevölkerung zu etablieren. Plakate und Transparente in Dresden und Umgebung haben diese Tendenz deutlich gemacht, wo der „Bombenholocaust“ der Alliierten USA und Großbritannien deutlich in den Zusammenhang mit dem Irakkrieg gesetzt wurde.

Gruppenerfolge:

Das Auftreten bei Friedensdemos soll das Selbstbewusstsein im Umfeld der Rechtsextremen stärken. Es ist zudem ein Versuch, Stigmatisierung und gesellschaftlicher Ausgrenzung zu entkommen. Zugleich sollen die Veranstalter provoziert werden, wobei sich die Rechtsextremen dabei durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit abgesichert fühlen. Dies erscheint als Erfolg gegenüber demokratischen Kräften.

Akzeptanz in der Bevölkerung:

Durch ihr Auftreten auf den Demos wollen Rechtsextreme den Eindruck erwecken, sie teilen die Befürchtungen der Bevölkerungsmehrheit vor Krieg und die Forderungen nach Frieden. Ihr Ziel ist, Akzeptanz in der Bevölkerung zu gewinnen. Das wird in Ostdeutschland insbesondere mit antiamerikanischen Slogans versucht, die aus DDR-Zeiten bekannt erscheinen wie etwa „der durch die USA immer wieder gefährdeten Weltfrieden“. Außerdem treten Rechtsextremisten inzwischen offen mit Parolen auf wie: „Kauft nicht beim Amerikaner“ in Analogie zur bekannten Hetze aus der NS-Zeit. Es gab Versuche, Besucher vor dem Verzehr von „Burgern“ und „Whoppern“, Donats und anderem abzuhalten, in dem sich „Kameraden“ vor den bekannten amerikanischen Fast-Food-Restaurants postierten und argumentativ die Bürger von der „Minderwertigkeit“ der amerikanischen Produkte überzeugen wollten, durch deren Verzehr „direkt der Krieg finanziert werde“. Das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens stimuliert Rechtsextremisten in besonderer Weise.

Das kritische Bewusstsein der demokratischen Zivilgesellschaft muss sich daher unbedingt schärfen. Die Teilnahme der Rechtsextremen an Antikriegsveranstaltungen ist eine neue Herausforderung politischer Auseinandersetzung.

Hinweise zum praktischen Umgang mit Rechtsextremen auf Friedensveranstaltungen sowie rechtliche Tipps für die Organisatoren:

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

- Schon im Vorfeld von Veranstaltungen in Presseerklärungen und -gesprächen die Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Teilnehmern deutlich machen, insbesondere mit expliziten Formulierungen gegen deren Teilnahme („Wir wollen keine Nazis sehen“, „Keine Rechtsextremen auf unserer Demo!“) sowie sorgfältige Formulierung des Veranstaltungsthemas und von Losungen.
- Die Intention der Veranstalter muss eindeutig hervorgehen und möglichst so präzise formuliert sein, dass Rechtsextreme sich mit den Aussagen nicht ohne weiteres identifizieren können. Bei einigen Forderungen wie „Gegen den Krieg im Irak“ ist das nicht möglich, bei anderen schon. Insbesondere sollte auf die konkrete Benennung der Adressaten von politischen Forderungen und die Vermeidung von Verallgemeinerungen geachtet werden, z.B. „Gegen den Bush-Krieg“. Es sollte in den Forderungen deutlich sein, dass sich die Veranstaltung nicht gegen „Amerika“ oder die „Amerikaner“, „Großbritannien“ oder „die Briten“ richtet, sondern gegen die Politik der amerikanischen oder britischen Regierung.
- Auf der Veranstaltung Öffentlichkeit gegen Rechtsextremisten herstellen: verbal und auf Transparenten politische Position gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus beziehen.

Absprachen mit der Polizei

- Wenn man bei der behördlichen Anmeldung der Veranstaltung das Thema bekannt gibt (das ist Pflicht) sogleich darauf hinweisen, dass rechtsextreme Ideologie mit diesem Thema nicht vereinbar ist und eine Teilnahme Rechtsextremer nicht akzeptiert wird.
- Nach der Anmeldung Vorgespräche mit der Polizei führen: klären, ob die Polizei Hilfestellung gibt, wenn es Versammlungsleiter und Ordnern nicht gelingt, unerwünschte Personengruppen von der Veranstaltung zu verweisen; z.B. ob die Einsatzleitung der Polizei bereit ist, Platzverweise auszusprechen, wenn bekannte Rechtsextremisten auftauchen oder wenn antisemitische und rassistische Losungen gezeitigt oder skandiert werden.
- Tauchen Rechtsextreme auf der Veranstaltung auf, sollten sie vom Versammlungsleiter öffentlich aufgefordert werden, diese zu verlassen. Wenn sie der Aufforderung von Versammlungsleiter und Ordnern nicht nachkommen, sollte die Polizei um Hilfe gebeten werden. Die Polizei hat die Aufgabe, eine Versammlung zu schützen.
- Bei Straftaten wie der Bedrohung von Versammlungsleiter oder Ordnern bzw. Gewaltanwendung gegen sie oder bei Ordnungswidrigkeiten wie Störung der Veranstaltung trotz Zurechtweisung durch Versammlungsleiter oder Ordner hat die Polizei einzuschreiten. Sie sollte in diesen Fällen also informiert werden.

Lokalpolitik

- Die (zu erwartende) Teilnahme von Rechtsextremisten und ihre Motivation dafür in der Lokalpolitik thematisieren und Politiker auffordern, sich dazu zu positionieren.
- Damit kann Problembewusstsein geschaffen werden für die Versuche der Rechtsextremen, Themen der Mitte zu übernehmen und damit in der Akzeptanz zu steigen.

Weitere Informationen und Beratung bei:
Kulturbüro Sachsen – Mobiles Beratungsteam im:
RP Chemnitz: (0371) 278 15 65
RP Dresden: (03501) 58 22 89
RP Leipzig: (03425) 851 98 34
e-mail: info@tolerantes-sachsen.de
www.tolerantes-sachsen.de

Wir veröffentlichen diesen Text mit freundlicher Unterstützung durch das Mobile Beratungsteam Brandenburg.